

LANDTAGSPOST MITTELFRANKEN



Ihre Landtagsabgeordneten für Mittelfranken



(v.l.n.r.) Alexandra Hiersemann, Arif Taşdelen, Helga Schmitt-Bussinger, Horst Arnold, Harry Scheuenstuhl, Angelika Weikert, Stefan Schuster

Unsere Themen

S.1 Aktuelles aus dem Landtag von Horst Arnold

S.2 Nein zur Integration: Staatsregierung hebt „3 plus 2 - Regelung“ aus

S.3 Extremwetterereignisse: Unterschiedliche Entschädigung trotz gleicher Schäden

S.4 Staatsregierung spart ländliche Entwicklung kaputt

S.5 Rettungsgasse muss funktionieren!

S.6 Taşdelen ist Vorsitzender der neuen Enquete-Kommission

S.7 Flüchtlinge in Arbeit integrieren - so gelingt das!

Praktische Tipps auf S.9

Liebe Leserinnen und Leser,

mit unserem neuen Newsletter möchten wir Sie über unsere Arbeit in der Landespolitik auf dem Laufenden halten. In unserer schnelllebigen Zeit ist es nicht immer einfach, auf dem neusten Stand zu bleiben und oftmals sind aktuelle Nachrichten eine halbe Stunde später schon von neuen Ereignissen überholt. Dennoch möchten wir Ihnen gerne Themen näher bringen, die ich und meine Kolleginnen und Kollegen derzeit bearbeiten. Diese werden in Form eines Artikels in jeder Ausgabe unserer Landtagspost von jedem Abgeordneten selbst dargestellt. Wir möchten Ihnen damit nicht nur einen Einblick in unsere Arbeit, sondern auch die Möglichkeit geben, mit uns in Kontakt zu treten. Gerne können Sie sich mit persönlichen Anliegen an uns wenden! Unsere Landtagspost wird ab jetzt regelmäßig vierteljährlich erscheinen. Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Herzlichst

Ihr

Stefan Schuster, MdL
Sprecher der mittelfränkischen SPD-Abgeordneten



Horst Arnold, MdB

Stimmkreis: Fürth (509)

Betreuer Stimmkreis: Ansbach-Süd (506)

Abgeordnetenbüro Horst Arnold, MdB

Hirschenstr. 24, 90762 Fürth

Tel: 0911 / 766 0083-6 . Fax: 0911 / 766 0083-7

[E-Mail](#)

[Homepage](#)

[Facebook](#)



Als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses „Modellbau / Haderthauer“

befasste ich mich in den letzten eineinhalb Jahren mit hochskandalösen und bedenklichen Vorgängen, die auch Mittelfranken mit seinen Bezirkskrankenhäusern Ansbach und Erlangen betreffen. Patienten wurden fast ohne Kontrolle zur Gewinnerzielung Privater ausgebeutet. Der Abschlussbericht wird am 14. März 2017 im Bayerischen Landtag besprochen werden. Zur Verbesserung der Transparenz und Kontrolle wurden zwischenzeitlich Maßregelvollzugsbeiräte in den Kliniken installiert, die jederzeit als Ansprechpartner von Patienten, Personal & Klinikleitung zur Verfügung stehen. Ich bin stellvertretender Beiratsvorsitzender in Ansbach, die Kollegin Hiersemann, stellvertretende Beiratsvorsitzende in Erlangen.



Als agrarpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion weise ich darauf hin, dass

in Bayern jeder 7. Arbeitsplatz im Zusammenhang mit der Landwirtschaft steht. Die besonderen Gegebenheiten in Mittelfranken sind viel zu wenig bekannt. So ist die mittelfränkische Trockenplatte und Niederschlagsarmut gerade für die Agrar- & Umweltpolitik eine besondere Herausforderung. Hier gilt es bewusst auch die sozialen Strukturen im ländlichen Raum zu stärken, da im letzten Jahr in der gesamten Landwirtschaft ein Einkommensverlust von ca. 20% zu verzeichnen ist. Das Knoblauchsland ist das größte zusammenhängende Gemüse-anbaubereich in Süddeutschland und produziert auch regional hervorragende Nahrungsmittel. Der Flächenverbrauch und die Versiegelung der Böden stellen ein großes Problem dar. Hier gilt es vernünftige Lösungen vor Ort anzustreben. Wir setzen uns insbesondere dafür ein, dass die derzeitige unsinnige Förderung von Agrarinvestitionen ausschließlich auf Betriebs- & Kapazitätserweiterungen basiert. Wir legen Augenmerk auf zukünftige Förderung des Tierwohls und der Nachhaltigkeit.



Als Rechtspolitiker im Bayerischen Landtag fordere ich, dass alle Stellen bei

der Justiz im freien Wettbewerb ausgeschrieben werden. Nach wie vor besetzt die bayerische Staatsregierung die zwölf wichtigsten Positionen bei der Justiz nach Gutsherrenart ohne Ausschreibung. Dies widerspricht langjährigen Forderungen der Berufsorganisationen und verstößt im Prinzip massiv gegen eine wünschenswerte Transparenz. Ein Gesetzentwurf der SPD Landtagsfraktion, getragen von den Stimmen der Opposition, wurde von der absoluten Mehrheit am 01. Februar 2017 glatt abgelehnt.

Ich freue mich, Ihre Anliegen, Anregungen und Kritik entgegen zu nehmen.



Alexandra Hiersemann, MdB

Stimmkreis: Erlangen-Höchstadt (507)

Betreuer Stimmkreis: Erlangen-Stadt (508)

Abgeordnetenbüro Alexandra Hiersemann, MdB

Friedrich-List-Str. 5, 91054 Erlangen

Tel: 09131 / 81265-44 . Fax: 09131 / 81265-34

[E-Mail](#)

[Homepage](#)

[Facebook](#)

Integration? Nein danke! -

Bayerische Staatsregierung hebt „3 plus 2-Regelung“ aus

Das Bundesintegrationsgesetz sollte „Rechtssicherheit für Geduldete und Ausbildungsbetriebe“ schaffen, verkündete der Koalitionsausschuss in Berlin. Doch gerade mal vier Wochen, nachdem das Gesetz in Kraft getreten war und ein fünfjähriges Bleiberecht für Auszubildende verankerte (3 Jahre Ausbildung + 2 Jahre Beruf), setzte das Bayerische Innenministerium seine eigenen Regeln in Kraft, durch ein Schlupfloch. Laut Gesetz soll dieses Bleiberecht nämlich nicht gelten, falls „konkrete Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung“ angeordnet wurden. Für Ausnahmefälle gedacht, nutzt die Staatsregierung diese Formulierung nun, um durch bürokratische Routinevorgänge Flüchtlingen das Bleiberecht zu erschweren. Ein Rechtsanspruch wurde in ein Bittgesuch verwandelt und das in Berlin von der CSU mitbeschlossene Gesetz insoweit in sein Gegenteil verkehrt.

Die Verunsicherung und Verärgerung bei Asylbewerbern und ihren Unterstützerkreisen ist groß. Aber auch die bayerische Wirtschaft hat deutlich protestiert. Sie beklagt, dass ihr dadurch wichtige Arbeitskräfte fehlen. Planbarkeit sieht anders aus. In einem offenen Brief an Ministerpräsidenten Seehofer beklagte die Industrie- und Handelskammer in Bayern, dass durch eine solch restriktive Auslegung des Gesetzes der miteinander geschlossene Ausbildungspakt gefährdet werde. Sie demotiviere nicht nur Flüchtlinge, sondern „behindert in hohem Maße die Integrationsbemühungen der bayerischen Wirtschaft“, heißt es dort. So zweifelt man mittlerweile sogar am gemeinsamen Ziel von 60.000 Auszubildenden bis 2019 (2016 gab es bereits über 39.000 Auszubildende).

Um dringend benötigte Arbeitskräfte halten zu können und den Integrationswillen von Flüchtlingen und Wirtschaft zu unterstützen, haben wir mit dem Dringlichkeitsantrag „3 plus 2 - Regelung“ umsetzen. Integration von Flüchtlingen in den Ausbildungsmarkt erleichtern und nicht blockieren“ die Staatsregierung deutlich aufgefordert, Bundesrecht korrekt umzusetzen. In einer hitzigen Debatte unterstellte die Staatsregierung allerdings, dass es keinen einzigen Fall in Bayern gebe, auf den eine Erschwerung zutreffen würde. Dass dies natürlich nicht stimmt, belegen die vielen Fälle, die Unternehmer und Helferkreise immer



Ob die Haltung der Staatsregierung nun Ignoranz ist oder die Angst, von der AFD rechts überholt zu werden-

Fakt ist: sie verkehrt Bundesrecht ins Gegenteil und behindert die gewünschte Integration!



Harry Scheuenstuhl, MdL

Stimmkreis: Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim,
Fürth-Land (510)

Betreuer Stimmkreis: Ansbach-Nord (505)

Abgeordnetenbüro Harry Scheuenstuhl, MdL

Hohenlohestr. 7, 91452 Wilhermsdorf

Tel.: 09102 / 9936-22 . Fax: 09102 / 9936-21

[E-Mail](#)

[Homepage](#)

[Facebook](#)

Für gerechtere Entschädigungen in Mittelfranken

Extremwetterereignisse sind nichts Neues, doch das Hochwasser von Mai 2016 hatte besonders schlimme Ausmaße

Neben Gemeinden im Landkreis Rottal-Inn waren auch die mittelfränkischen Gemeinden Obernzenn (Landkreis Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim) und Flachlanden (Landkreis Ansbach) besonders stark betroffen. Erfreulicherweise lief die Auszahlung von Sofortgeldern und Soforthilfen, auch auf Antrag der AG Mittelfranken, zügig an und es gab viele freiwillige Helfer, die in den schlimm betroffenen Gebieten mit anpackten.



Gleiche Schäden, unterschiedliche Entschädigung

Als umweltpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und Mitglied im Kommunalausschuss, kritisiere ich jedoch nachdrücklich, dass die Entschädigungen der Betroffenen leider, trotz ähnlicher Schäden, deutlich unterschiedlich ausfallen.

So erhalten Geschädigte im Landkreis Rottal-Inn beispielsweise einen Fördersatz von bis zu 100 Prozent. Betroffene in Mittelfranken bekommen außer der Soforthilfe keinen Zuschuss. Begründet wird das damit, dass es sich im Landkreis Rottal-Inn um ein Jahrtausendhochwasser, in Mittelfranken jedoch um ein Jahrhunderthochwasser handelt – doch die Schäden sind punktuell genauso schwerwiegend! Hier muss die Staatsregierung unbedingt Gerechtigkeit walten lassen und Änderungen vornehmen! Es kann nicht sein, dass nicht der Schaden, sondern der Ort des Ereignisses entscheidend für Entschädigungen ist. Ich fordere, dass bei ähnlichen Schäden gleich gefördert wird, damit keine Betroffene erster, zweiter oder dritter Klasse geschaffen werden. Die Hilfen für den Landkreis Rottal-Inn sind richtig und wichtig, es ist allerdings enttäuschend, dass Geschädigte in Mittelfranken benachteiligt werden. Darüber hinaus muss der Hochwasserschutz ausgebaut werden, damit solche Extremwetterereignisse in Zukunft keine Menschenleben mehr fordern und große Schäden vermieden werden.



Helga Schmitt-Bussinger, MdB

Stimmkreis: Nürnberg-Süd (503)
Betreuer Stimmkreis: Roth (512)

Abgeordnetenbüro Schmitt-Bussinger, MdB

Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg
 Tel.: 0911 / 43896-50 . Fax: 0911 / 43896-59
[E-Mail](#)
[Homepage](#)
[Facebook](#)

Staatsregierung spart die ländliche Entwicklung in Mittelfranken kaputt



Helga Schmitt-Bussinger (Mitte) mit dem Leiter des Amtes für Ländliche Entwicklung, Gerhard Jörg (links neben ihr) und Bürgermeistern aus dem Landkreis Roth.

Um das Leben außerhalb der Städte attraktiv und lebenswert zu machen, leisten die Ämter für Ländliche Entwicklung einen wichtigen Beitrag. Gerade die Maßnahmen der Dorferneuerung und Gemeindeentwicklung, für die die Ämter für Ländliche Entwicklung zuständig sind, schaffen zeitgemäße Infrastruktur und verbessern den Wohn- und Lebensraum und das Ortsbild nachhaltig. Kein Wunder, dass die Serviceangebote des Amtes von den Kommunen rege nachgefragt werden.

Das große Interesse der Kommunen bringt aber auch Probleme mit sich. Viele Bürgermeister klagen über die lange Verfahrensdauer, bis ihre Maßnahmen bearbeitet sind. Die Wartezeit zwischen Antrag und Einleitung der Maßnahme beträgt in Mittelfranken bei über der Hälfte der Fälle fünf bis über 20 Jahre.

Zeitraum zwischen Antrag und Einleitung (in Jahren)

Reg.-Bez.	0-4 [Anzahl]	5-9 [Anzahl]	10-20 [Anzahl]	> 20 [Anzahl]	insgesamt [Anzahl]
Obb	132	48	32		212
Ndb	79	54	49	5	187
Opf	192	42	38	8	280
Ofr	159	45	47	16	267
Mfr	109	55	52	6	222
Ufr	239	35	15	5	294
Schw	100	44	32	6	182
Bayern	1.010	323	265	46	1.644

Das liegt auch am Stellenabbau, der noch immer nicht abgeschlossen ist. Hatten die Behörde in Mittelfranken vor zehn Jahren noch 230 Mitarbeiter, sind es heute 167. Bayernweit sind in den letzten 20 Jahren bei den Ämtern für ländliche Entwicklung ca. 800 Stellen eingespart worden. Weitere 138 sollen noch eingespart werden. Aber nicht nur das Personal, auch die Fördermittel sind zu stark zusammengestrichen worden: 2001 waren für ganz Bayern 128 Millionen Euro vorhanden, 2014 nur noch 88 Millionen Euro.

Das Sparen bei den Ämtern für ländliche Entwicklung geht zu Lasten der Kommunen.

Die Folgen der Sparpolitik zermürben nicht nur Bürgermeister, sondern enttäuscht auch die Bürger. Die Staatsregierung spart die ländliche Entwicklung kaputt. Die SPD-Landtagsfraktion hatte deshalb beantragt, den geplanten Stellenabbau bei der Verwaltung für ländliche Entwicklung zu stoppen und die unbesetzten Planstellen unverzüglich zu besetzen. Zudem sollten die Fördermittel für die ländliche Entwicklung wieder auf den Stand des Jahres 2001 angehoben und unter Berücksichtigung des seither eingetretenen Kaufpreisschwundes Fördermittel in Höhe von 150 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden. Leider wurde dieser Antrag von der CSU-Mehrheit abgelehnt. Wir bleiben aber am Thema dran. Denn nur mit mehr Personal und mehr Geld beim Amt für ländliche Entwicklung kann die Dorferneuerung auch in den Gemeinden in Mittelfranken umgesetzt werden.



Stefan Schuster, MdL

Stimmkreis: Nürnberg-West (504)
Betreuer Stimmkreis: Weißenburg-Gunzenhausen (506)

Abgeordnetenbüro Stefan Schuster, MdL
 Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg
 Tel.: 0911 / 43896-60 . Fax: 0911 / 43896-69
[E-Mail](#)
[Homepage](#)
[Facebook](#)

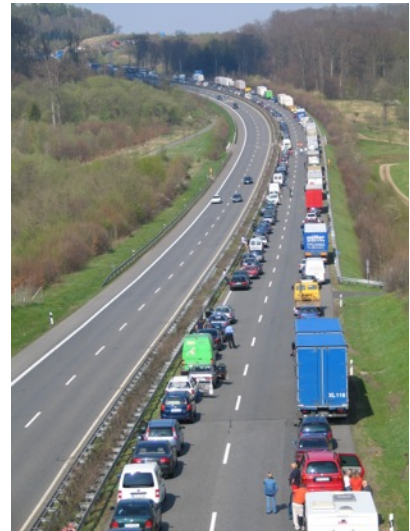
Rettungsgasse muss funktionieren!

In einem Notfall entscheiden oft nur wenige Minuten über Leben und Tod!

Regelmäßig kommt es auf deutschen Autobahnen zu einem verspäteten Eintreffen der Rettungskräfte am Unfallort. Grund dafür sind nicht korrekt oder gar nicht erst gebildete Rettungsgassen, die Einsatzfahrzeuge durch im Weg stehende Autos und LKW an der Weiterfahrt hindern. Pro Minute, die ein Retter früher eingreifen kann, erhöht sich die Überlebenschance eines Unfallopfers um bis zu zehn Prozent.

Durch eine vorschriftsgemäß gebildete Rettungsgasse können Einsatzkräfte durchschnittlich vier Minuten einsparen, was die Überlebenschancen der Betroffenen folglich um bis zu 40 Prozent erhöht!

Seit 1982 gilt in Deutschland die Pflicht zur Bildung einer Rettungsgasse bei stockendem Verkehr auf Autobahnen und anderen mehrspurigen Straßen. Nichtsdestotrotz bilden sich nach einem Unfall meistens lange Rückstaus auf allen Fahrbahnen, die schnell eine Länge von mehreren Kilometern erreichen, ohne dass ein Weg für die Einsatzkräfte freigeräumt wird. Diese müssen sich dann mühsam ihren Weg bahnen und verlieren dadurch kostbare Zeit. In Österreich ist diese Problematik zur Ausnahme geworden, seit die Kampagne „Bei Stau Rettungsgasse“ ins Leben gerufen wurde. Aus diesem Grund setze ich mich aktiv für Maßnahmen ein, damit die Bildung der Rettungsgasse auch bei uns in Deutschland zur Normalität wird.



Nach diversen Gesprächen und einem Besuch bei der Verkehrspolizeiinspektion in Feucht wurde schnell klar, was die häufigsten Gründe für eine Nichtbildung der Rettungsgasse sind und welche Lösungen es geben könnte, der Problematik entgegen zu wirken.

Zum einen werde ich mich im Landtag für ein Rechtsfahrgebot für LKW bei Stau aussprechen. Das Risiko, dass die Bildung einer Rettungsgasse aufgrund zweier nebeneinander stehender LKW verhindert wird, soll hiermit ausgeschlossen werden.

Zum anderen werde ich mich für eine bundesweit einheitliche Aufklärungskampagne zur Rettungsgasse einsetzen. Unwissenheit und Unsicherheit sind die häufigste Ursache für die Nichtbildung einer Rettungsgasse. Daher sollen vor allem bundesweit ausgestrahlte Fernsehspots und Durchsagen im Rundfunk, neben Informationen für Autofahrer sowie flächendeckenden Bannern an Autobahnen, zur Aufklärung beitragen. In Notsituationen bleibt der Polizei nicht genügend Zeit, die für eine Strafanzeige erforderlichen Personalien eines jeden Falschfahrers aufzunehmen. Das hat zur Folge, dass solche Verstöße meist straffrei bleiben. Aus dem Grund soll der Polizei in solchen Fällen die Möglichkeit eingeräumt werden, zukünftig den jeweiligen Fahrzeughalter, unabhängig vom derzeitigen Führer des Fahrzeugs, zur Rechenschaft zu ziehen. Dafür wäre die Notiz des Nummernschildes des betreffenden Fahrzeugs für eine spätere Strafanzeige ausreichend und zeitlich umsetzbar.

Es geht hier um Menschenleben, die jeden Tag unnötig gefährdet werden. Daher ist es höchste Zeit, endlich zu handeln!



Arif Taşdelen, MdL

Stimmkreis: Nürnberg-Nord (501)

Abgeordnetenbüro Arif Tasdelen, MdL

Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg

Tel.: 0911/4389 672 . Fax: 0911/4389 679

[E-Mail](#)[Homepage](#)[Facebook](#)

Arif Taşdelen ist Vorsitzender der neuen Enquete-Kommission Integration

Die Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte ist eine der zentralsten politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Auf Initiative der SPD-Fraktion hat der Bayerische Landtag deshalb eine Enquete-Kommission „Integration in Bayern aktiv gestalten und Richtung geben“ eingesetzt. Ich freue mich sehr, dass der Bayerische Landtag mich einstimmig zum Vorsitzenden dieser Enquete-Kommission gewählt hat.

Bislang wurde Integration in Bayern vor allem dem Zufall überlassen. Dort, wo Bürgermeister anpacken und die Integration zur Chefsache erklärt haben, läuft es gut. Wo dies nicht der Fall ist und zudem die Unterstützung durch Ehrenamtliche fehlt, sieht es oft ganz anders aus. Wir brauchen in Bayern endlich klare Richtlinien und Konzepte! Bis Anfang 2018 wollen wir deshalb in der Enquete-Kommission mit Vertreterinnen und Vertretern aller Fraktionen sowie Experten ein Gesamtkonzept für eine gelingende Integration in Bayern erarbeiten.

Dafür nehmen wir verschiedene Themen wie Sprache und Bildung oder Wirtschaft und Arbeitsmarkt in den Blick. Letztlich also Themen, die gesamtgesellschaftlich für uns alle wichtig sind.

Mehr Partizipation wagen!

Als Abgeordneter im Bayerischen Landtag ist mir Bürgerbeteiligung ein wichtiges Anliegen. Es ist die Basis unserer Demokratie, Bürgerinnen und Bürger in politische Entscheidungen einzubinden. Viele Menschen fühlen sich jedoch durch die Umbrüche der letzten Jahre verunsichert und haben das Vertrauen in die politische Elite verloren.

Ich betrachte diese Entwicklungen nicht nur wegen des erstarkenden Extremismus in unserer Gesellschaft mit Sorge. Ich bin auch überzeugt, dass unsere Gesellschaft gerade von inhaltlichen Debatten und Vielfalt lebt. Mein Anliegen ist es deshalb, miteinander im Gespräch zu bleiben und mein Ohr vor Ort zu haben.

Dieses Ziel verfolge ich auch mit meiner Veranstaltungsreihe „PASST!? Nürnberg diskutiert Integration“. Als Vorsitzender der neuen Enquete-Kommission Integration des Bayerischen Landtags will ich alle Interessierten dazu einladen, ihre Erfahrungen und Ideen in meine politische Arbeit einzubringen. Weitere Informationen zu den Integrationsforen finden Sie [hier](#).





Angelika Weikert, MdL

Stimmkreis: Nürnberg-Ost (502)

Betreuer Stimmkreis: Nürnberger Land (511)

Abgeordnetenbüro Angelika Weikert, MdL

Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg

Tel.: 0911 / 43896-40 . Fax: 0911 / 43896-49

[E-Mail](#)

[Homepage](#)

[Facebook](#)

Flüchtlinge in Arbeit integrieren - so gelingt das!

Die entscheidende Frage für das Gelingen der Integration ist: wie bekommen wir die Menschen, die zu uns geflüchtet sind, rasch und nachhaltig in qualifizierte Arbeit?

Die Bundesagentur für Arbeit hat sich als Zielmarke gesetzt, bis 2018 60.000 geflüchtete Menschen in Arbeit zu vermitteln. Die Zwischenbilanz stimmt zuversichtlich. Bis Mitte 2016 konnten bereits 21.200 Personen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufnehmen.

In den letzten Monaten und Jahren sind Projekte für unterschiedliche Zielgruppen entstanden.

Unsere Arbeitsministerin Andrea Nahles hat speziell für Asylbewerber und Flüchtlinge Programme aufgelegt, die den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. (Nähere Informationen finden Sie [hier](#).)

Die Grundelemente dieser Programme sind immer der Erwerb der deutschen Sprache, die Erfassung von Kompetenzen sowie die praktische Integration in Arbeit und die berufliche Weiterqualifizierung. Dass das Erlernen der deutschen Sprache unabdingbar ist, versteht sich.

Die individuellen Kompetenzen und Optionen festzustellen gestaltet sich oftmals kompliziert und langwierig. Die Hälfte der bereits Vermittelten sind Fachkräfte, die anderen haben keinen Berufsabschluss nach unserer Definition. Bei den einen gilt es also, die formellen Qualifikationen schnell anzuerkennen, bei den anderen die vorhandenen Talente und Fähigkeiten herauszufinden. Erst dann kann man sie gezielt fördern, ausbilden und weiterqualifizieren.

Dazu werden zusätzliche Mittel in Arbeitsmarktmaßnahmen und Personal bei den Agenturen investiert. Davon profitieren nicht nur Flüchtlinge, sondern alle, die auf Arbeitssuche sind. In Nürnberg beispielsweise gibt es ein Projekt, in dem Langzeitarbeitslose und Flüchtlinge miteinander arbeiten und voneinander lernen.

Etwa 70 Prozent der Asylbewerber und Flüchtlinge sind unter 30 Jahre alt und haben somit noch ein langes Erwerbsleben vor sich. Sie sind hoch motiviert und wollen so schnell wie möglich lernen, arbeiten und sich einbringen.

Die bayerische Wirtschaft, vor allem das Handwerk, hat dieses Potenzial erkannt und fordert die politisch Verantwortlichen auf, bürokratische Hindernisse abzubauen. Gerade in Bayern werden die aufenthalts- und arbeitsrechtlichen Erleichterungen, die mit dem Bundesintegrationsgesetz beschlossen wurden, durch eine restriktive Auslegung des Gesetzes massiv behindert. Dagegen gehen wir Sozialdemokraten auch weiterhin im Landtag vor.



Fachgespräch zum Thema Integration in den Arbeitsmarkt

Praktische Tipps und Informationen

Petitionen

Was ist eine Petition?

Die Bayerische Verfassung garantiert allen Bürgerinnen und Bürgern das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden an das Parlament zu wenden. Diese Eingaben verfolgen unterschiedliche Ziele:

- Die Bürger suchen Hilfe im konkreten Einzelfall.
- Die Bürger machen ihr Recht auf politische Mitgestaltung außerhalb der Wahltermine geltend.

So ist die Eingabe, die "Petition", ein Volksbegehren im kleinen Maßstab.

Wozu dient eine Petition?

Die Bürger ermutigen das Parlament mit einer Petition, sein Kontrollrecht gegenüber der Staatsregierung auszuüben, indem sie Sachverhalte, die aus ihrer Sicht kritikwürdig sind, aufzeigen.

Daneben ist die Behandlung von Eingaben und Beschwerden, die in Bayern grundsätzlich öffentlich stattfindet, ein wichtiges Signal an die Petenten. Sie können im Ausschuss gehört werden. Ihr Problem wird geprüft, und sie erhalten eine Antwort.

Wie stellt man eine Petition?

Eine Petition kann jede Einwohnerin und jeder Einwohner in Bayern einreichen. Sie kann formlos und handschriftlich sein. Sie muss allerdings eine gültige Unterschrift tragen. Eine Petition ist kostenfrei.

Die Adresse:

Bayerischer Landtag
 Maximilianeum
 81627 München

Auch Online können Eingaben oder Beschwerden eingereicht werden. Der Bayerische Landtag stellt auf seiner Internetseite ein Formular bereit:

[Online-Petition an den Bayerischen Landtag](#)

[Das Petitionsformular für den Postversand.](#)



Impressum:

Verantwortlich: Stefan Schuster
 Mitglied des Bayerischen Landtags
 Abgeordnetenbüro Nürnberg
 Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg
 Telefon: 0911 / 438 96 60
 buero@stefan-schuster-mdl.de